



GLOBALE GERECHTIGKEIT

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

Alle Menschen sollen in Frieden und Würde leben können. Das kann nur gemeinsam und mit einer weltweiten „sozialökologischen Transformation“ gelingen.

Dazu müssen wir die Menschenrechte durchsetzen, die Armut verringern sowie Gerechtigkeit und Demokratie voranbringen. Voraussetzung ist auch, das Klima zu schützen und die natürlichen Ressourcen und die biologische Vielfalt auf unserer Erde zu erhalten.



Foto: Mauritius

EINE FRAGE DES POLITISCHEN WILLENS

Globale Risiken fordern uns heraus: Hunger und Kriege, Bevölkerungswachstum und Armut stehen im Kontrast zu menschenwürdigen Lebensbedingungen. Klimawandel, Verschuldung, Korruption und ein ungerechtes Welthandelssystem verlangen nach Lösungen. 67 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Unser Wirtschafts- und Wachstumsmodell stößt an planetare Grenzen. Je länger wir warten, desto schwerer haben es künftige Generationen, diese Erblast zu meistern.

Globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden können wir nur gemeinsam erreichen. Darum setzen wir uns für eine globale Entwicklung ein, die das Wohlergehen der Menschen und die ökologische Nachhaltigkeit verknüpft. Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Mittel, um faire Chancen für alle zu schaffen und sie im Einklang mit der Natur zu nutzen. Die Umsetzung ist eine Frage des politischen Willens. Wir Grüne im Bundestag machen uns dafür stark. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage der Menschenrechte.

SDGs ALS NEUE RICHTSCHNUR

Die Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) und das Klima-Abkommen von Paris versprechen einen Aufbruch. In gemeinsamer Anstrengung sollen Hunger und Armut abgebaut und der Wohlstand gerechter verteilt werden. Gefordert ist eine Wirtschaftsweise, die unsere Lebensgrundlagen erhält. Friedenspolitische, soziale, ökonomische und ökologische Belange sollen im Zusammenhang betrachtet und die Menschenrechte stärker berücksichtigt werden.

Alle Länder stehen in der Pflicht, diese Ziele umzusetzen und ihr Regierungshandeln auf seine Folgen für Nachhaltigkeit und Menschenrechte zu überprüfen. Deutschland als wichtige Industrienation trägt eine besondere Verantwortung. Doch die überarbeitete deutsche Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt die neuen Anforderungen viel zu wenig. Wir Grüne im Bundestag fordern einen Paradigmenwechsel in allen Politikfeldern. Insbesondere in der Wirtschafts-, Agrar- und Finanzpolitik müssen die Weichen neu gestellt werden.

FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

In der globalisierten Welt ist eine isolierte Politik widersinnig, denn jede nationale Entscheidung wirkt sich international aus. Wenn zum Beispiel die EU Agrarprodukte subventioniert, dann haben Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern den Schaden: Mit Dumpingpreisen können ihre lokal erzeugten Produkte nicht mithalten. Vergleichbare globale Folgewirkungen gibt es in vielen Bereichen.

Eine verantwortliche Politik ist bestrebt, Entscheidungen in den verschiedenen Politikbereichen aufeinander abzustimmen. Sie fördert damit auch die sozial-ökologische Transformation, die dazu beiträgt, Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen. Dafür braucht es effiziente Vereinte Nationen, eine starke, wertorientierte EU und das Zusammenspiel aller Politikfelder auf nationaler Ebene.

**HOCHSUBVENTIONIERTES
EU-„BILLIGFLEISCH“ RUINIERT
DIE BÄUERINNEN UND BAUERN IN
DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN.**

**WIR SAGEN:
SCHLUSS
DAMIT!**

Foto: Pfeifer/tpa

„ENTWICKLUNGSLAND“ DEUTSCHLAND

Im Hinblick auf die globalen Nachhaltigkeitsziele ist Deutschland ein „Entwicklungsland“. Damit stehen wir zwar nicht alleine, aber wir bleiben weit unter unseren Möglichkeiten. Auch wir müssen unseren Ressourcenverbrauch verringern, Kreislaufwirtschaft und Recycling fördern sowie den Wohlstand gerechter verteilen, statt vorrangig auf Wirtschaftswachstum zu setzen. Auch wir als Verbraucherinnen und Verbraucher sind gefragt, fair, ökologisch und sozial zu konsumieren. Das ist für die privaten Haushalte und den Unternehmenssektor ebenso wie für den Staat und die öffentliche Beschaffung das Gebot der Stunde.

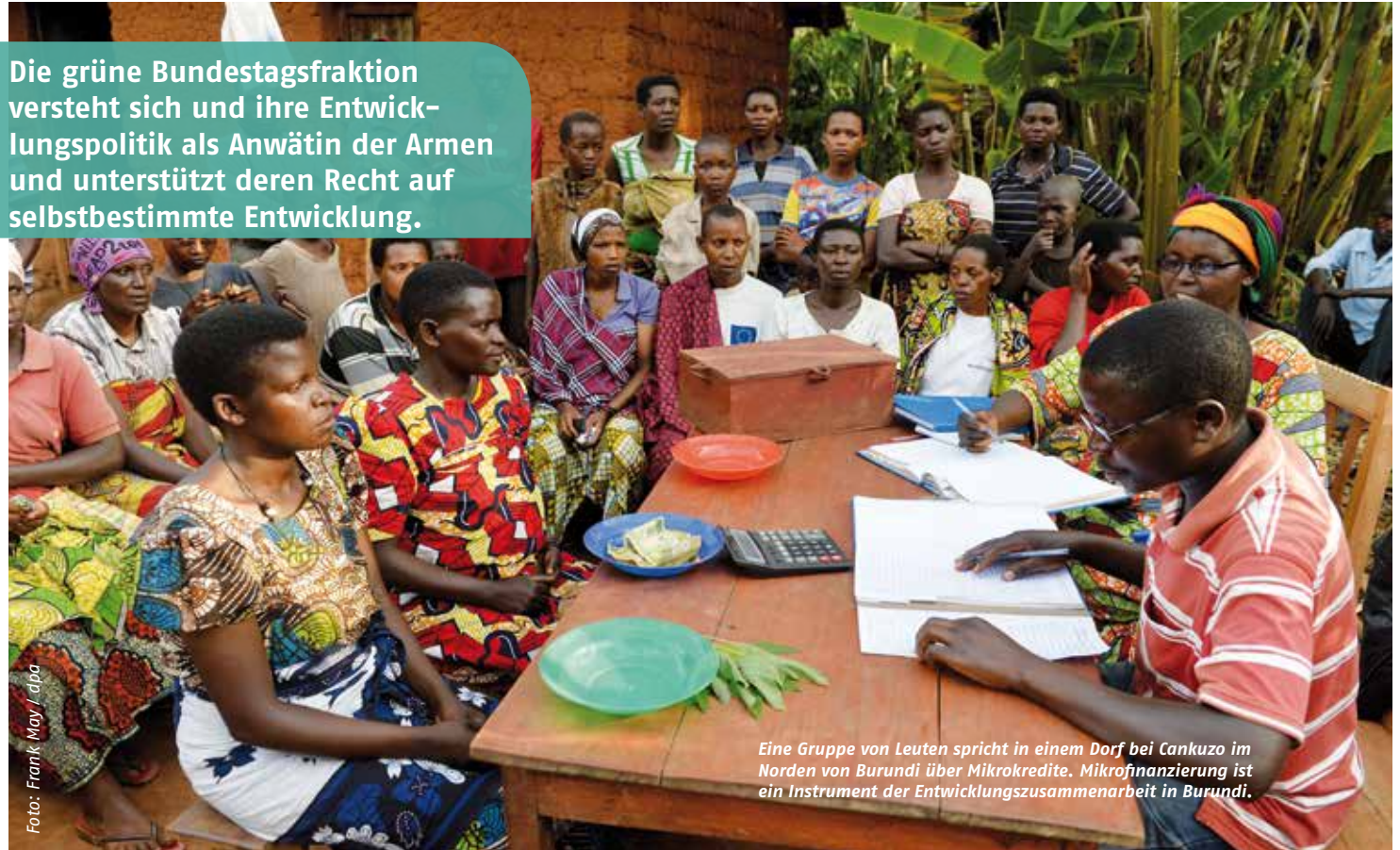
Wir Grüne im Bundestag wollen das Bewusstsein für globale Zusammenhänge in der Gesellschaft schärfen. Dazu braucht es eine breite Allianz. Unsere PartnerInnen sind Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Zugleich ermutigen wir Bundesländer und Kommunen, ihr Engagement auszubauen. Hierzu wollen wir auch die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und den Austausch stärken.

ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS GLOBALE STRUKTURPOLITIK

Mit dem Aufstieg der Schwellenländer ist die Aufteilung der Welt in den reichen Norden und den armen Süden überholt. Stattdessen öffnet sich innerhalb vieler Länder die Schere zwischen Arm und Reich. Die ärmsten Länder, insbesondere fragile Staaten, drohen im Elend zu versinken. Aber zwei Drittel der Ärmsten leben heute in Ländern mit mittlerem Einkommen. Darauf muss die Entwicklungspolitik reagieren. Sie muss sowohl ihr Selbstverständnis als auch ihre Instrumente anpassen. Entwicklungspolitik muss sich als globale Strukturpolitik verstehen. Sie muss in den Dienst einer sozial-ökologischen Transformation gestellt und neu ausgerichtet werden.

Grüne Entwicklungspolitik im Bundestag versteht sich als Anwältin der Armen und unterstützt deren Recht auf selbstbestimmte Entwicklung. Zugleich gilt es, globale öffentliche Güter in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu erhalten. Entwicklungszusammenarbeit wird damit auch zu einer internationalen Kooperation für nachhaltige Entwicklung.

Die grüne Bundestagsfraktion versteht sich und ihre Entwicklungspolitik als Anwältin der Armen und unterstützt deren Recht auf selbstbestimmte Entwicklung.



Eine Gruppe von Leuten spricht in einem Dorf bei Cankuzo im Norden von Burundi über Mikrokredite. Mikrofinanzierung ist ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit in Burundi.



FAIRER WELTHANDEL, WIRTSCHAFT UND NACHHALTIGE INVESTITIONEN

Foto: Mauritius

Die Bemühungen für eine erfolgreiche Entwicklung sind an eine gerechtere Welthandelsordnung geknüpft. Wir setzen uns für eine internationale Wettbewerbsordnung ein, die wirtschaftliches Handeln und nachhaltige Entwicklungsziele in Einklang bringt.

Es gilt dafür Sorge zu tragen, dass die Menschenrechte geachtet und die Umwelt- und Klimaschutzabkommen eingehalten werden. Hierzu wollen wir in das Regelwerk des Welthandels ökologische und soziale Leitplanken einziehen. Die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte müssen stärker kontrolliert, gerechtere Handels- und Investitionsabkommen abgeschlossen werden. Entwicklungsländer brauchen mehr Wertschöpfung vor Ort. Dazu müssen sie beim Ausbau und Export verarbeiteter Produkte unterstützt werden.

Die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU wollen wir entwicklungsförderlich umgestalten. Investitionsschutzabkommen sind künftig so auszugestalten, dass ausländische Unternehmen nicht mehr eine gemeinwohlorientierte Politik in den Gaststaaten untergraben können, etwa durch überzogene Schadensersatzforderungen. Unternehmen müssen im Hinblick auf internationale Lieferketten gesetzlich verankerte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten erfüllen und für umfassende Transparenz sorgen. Opfer von Menschenrechtsverletzungen müssen Zugang zu Klagemöglichkeiten erhalten und die verantwortlichen Unternehmen mit wirksamen Sanktionen rechnen. Die Außenwirtschaftsförderung wie auch die Entwicklungsfinanzierung durch deutsche Entwicklungsbanken muss an Öko- und Sozialstandards ausgerichtet werden.

Aktivisten demonstrieren gegen Steuerflucht.
Foto: Herman /Reuters



SOZIALE UNGLEICHHEIT BEKÄMPFEN – STEUERGERECHTIGKEIT SCHAFFEN

Das Vermögen der Superreichen konzentriert sich zunehmend auf einige wenige: Acht Männer verfügen inzwischen über mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung. Dagegen mangelt es 80 Prozent der Menschen weltweit an einer angemessenen sozialen Absicherung. Auch Arbeit schützt nicht vor Armut: Hungerlöhne, gefährliche Arbeitsbedingungen und Ausbeutung sind weit verbreitet. Hier entsteht der Nährboden für Konflikte und Gewalt. Wir Grüne im Bundestag machen uns auch international für soziale Gerechtigkeit stark. Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen ein. Wir fordern Sozialstandards in internationalen Handelsverträgen. Konzerne sollen Transparenz über Löhne und Arbeitsbedingungen herstellen sowie Umwelt- und Sozialstandards einhalten.

Wir unterstützen Partnerländer darin, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen. Weltweit bedarf es gerechter Steuersysteme, demokratischer Teilhabe und der Ausrichtung staatlicher Politik an den Menschenrechten. Entwicklungsgelder müssen so eingesetzt werden, dass Armut strukturell gemindert wird. Korruption muss eingedämmt und Finanzströme transparent gemacht werden. Global tätige Unternehmen müssen dort Steuern zahlen, wo sie produzieren und Gewinne machen. Gleichzeitig geht es darum, Vermögen gerechter zu verteilen. Es braucht eine Finanztransaktionssteuer, deren Einnahmen zu großen Teilen den Ärmsten zugutekommen. Darüber hinaus muss die Staatengemeinschaft entschlossener gegen Steuersümpfe, Steuervermeidung und Geldwäsche vorgehen. Überschuldete Staaten brauchen Zugang zu einem bei den Vereinten Nationen angesiedelten Staaten-Insolvenzverfahren.

OHNE FRIEDEN KEINE GERECHTIGKEIT

Wo Krieg herrscht oder Staaten politisch fragil sind, hat Armutsbekämpfung einen schweren Stand. Auch deshalb ist es für uns zentral, mit Hilfe der EU und der Vereinten Nationen Friedensprozesse zu unterstützen und die zivile Krisenprävention aufzuwerten. Multilaterale Fonds sollen die Mittel verschiedener Geber für konfliktbetroffene Staaten zusammenführen. Die Schlüsselrolle von Frauen bei der Prävention und der Lösung von Konflikten sowie beim Wiederaufbau muss stärker gefördert werden. Deutschland sollte seine Handlungsfähigkeit beim Aufbau ziviler Strukturen weiter ausbauen. Das neue Grundlegendendokument der Bundesregierung, das den Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004 ablösen soll, muss hier klare Prioritäten und Handlungsfelder benennen. Zudem wollen wir den Ressortkreis zivile Krisenprävention stärken und mit Geldern ausstatten. Humanitäre Hilfe soll nach Bedarf und flexibel geleistet werden. Sie muss unabhängig, neutral und gut mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt sein.



Foto: Mauritius



DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT FÖRDERN

Gute Regierungsführung ist der Schlüssel für Gerechtigkeit. Korruption hemmt Entwicklung und verschärft soziale Gegensätze. Regierungen müssen sich daher zu Transparenz bekennen, Budgets und Zahlungsströme offenlegen, um die demokratische Kontrolle der Staatsausgaben zu ermöglichen.

Doch der Demokratie bläst weltweit ein scharfer Wind entgegen. Zivilgesellschaft, Presse, Opposition und Justiz werden zunehmend bedrängt, kriminalisiert und verfolgt. Anti-NGO-Gesetze sind an der Tagesordnung. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für Aktuerinnen und Akteure ein, die die Menschen zu Partizipation und Wahrnehmung ihrer Rechte ermutigen. Organisationen für Demokratie, Frieden, Umwelt und eine gerechtere Globalisierung müssen gefördert und Minderheiten geschützt werden. Erhöhte Vorsicht erfordert die Entwicklungszusammenarbeit in Ländern mit autoritären Regimen, insbesondere bei Maßnahmen im regierungsnahen Bereich. Wo Regierungen gegen die eigene Bevölkerung vorgehen, geben wir der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft den Vorrang.

RECHT AUF NAHRUNG – GLOBALE AGRARWENDE

Obwohl weltweit genug Nahrungsmittel produziert werden, leiden rund 800 Millionen Menschen Hunger. Zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht, eine Welt ohne Hunger zu schaffen oberstes Ziel. Ein starker Hebel wäre die Förderung von KleinbäuerInnen und -bauern in Entwicklungsländern, die einen beträchtlichen Teil der weltweiten Nahrungsmittel erzeugen. Denn hochsubventionierte Agrarprodukte, Fangflotten oder Landnahme bedrohen ihre Lebensgrundlagen.

Zur Bekämpfung des Hungers setzen wir Grüne im Bundestag nicht auf agrarindustrielle Methoden oder Gentechnik. Stattdessen wollen wir eine vielfältige, standortangepasste, kleinbäuerliche Landwirtschaft. Unser Leitmotiv lautet „Teller vor Trog und Tank“. Das bedeutet auch strenge soziale und ökologische Kriterien für Anbau und Import von Futtermitteln und Energiepflanzen wie Soja und Palmöl. Faire Handelsstrukturen müssen die Ernährungssouveränität der Entwicklungsländer stärken. Exzessive Spekulationen mit Nahrungsmitteln wollen wir verbieten.

ENERGIEARMUT BEENDEN – GLOBALE ENERGIEWENDE

In armen Ländern herrscht oft Energiemangel. Etwa 1,2 Milliarden Menschen sind ohne Zugang zu Strom. Eine weitere Milliarde kämpft mit unzuverlässiger Energieversorgung. Vor allem in den ländlichen Gebieten Afrikas und Asiens sind die Menschen zum Kochen und Heizen auf die Nutzung von Biomasse angewiesen. Der enorme Bedarf an Holz und Holzkohle verursacht vielerorts ökologische Probleme. Deshalb wollen wir die Energiewende weltweit!

Wir Grüne im Bundestag wollen die Menschen vor Ort unterstützen, Zugang zu bezahlbarer und erneuerbarer Energie zu bekommen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss Partnerländer bei der Energiewende begleiten, Lösungen für Metropolen entwickeln und vor allem dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum vorantreiben. Die Vermittlung von Kenntnissen ist ebenso gefragt wie Finanzierung und Technologietransfer. Die Antwort auf Energiearmut und die Lösung für eine global wachsende Nachfrage heißt erneuerbare Energien für alle.



Quelle: picture alliance / S. Gätke

FRAUEN UND MÄDCHEN FÖRDERN

Wir setzen uns besonders für die Rechte von Frauen und Mädchen ein. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. Denn 70 Prozent der Ärmsten und zwei Drittel der Analphabeten weltweit sind weiblich. Frauen sind vielfach Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Von politischen Entscheidungen sind sie zu oft ausgeschlossen. Den politischen Einfluss und die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Mädchen weltweit zu sichern, ist daher eine wichtige Aufgabe. Frauen kommt bei der Lösung gewaltsamer Konflikte eine nicht zu unterschätzende Rolle als Friedensstifterinnen zu. Wir Grüne im Bundestag wollen Frauenförderung breit verankern. Die Bedürfnisse und Belange von Frauen und Mädchen müssen stärker zu ihrem Recht kommen. Alle Programme der Entwicklungszusammenarbeit – von Bildung über Gesundheit bis zur Landwirtschaft – sollen daher ihre Förderung besonders berücksichtigen.

MEHR GELD FÜR ENTWICKLUNG UND KLIMASCHUTZ

Die internationalen Finanzzusagen für Entwicklung und Klimaschutz müssen eingehalten werden. Die Bundesregierung und die EU-Staaten haben schon vor vierzig Jahren zugesagt, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklung auszugeben. Um diese Verpflichtung bis 2020 endlich zu erfüllen, muss Deutschland jährlich 1,2 Milliarden Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereitstellen. 800 Millionen Euro sollen darüber hinaus den internationalen Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Die Hälfte der Gelder soll den ärmsten und fragilen Ländern, insbesondere in Afrika, zugutekommen. Stärker in den Vordergrund rückt die wirksame Verwendung der Gelder. Flüchtlingskosten im Inland sowie Ausgaben für Militär und Grenzschutz dürfen nicht als Entwicklungsgelder zählen. Eine Umschichtung aus Entwicklungstöpfen für diese Zwecke oder auch die Doppelanrechnung von Klimageldern lehnen wir ab. Das Geld würde zur Armutsbekämpfung und Schaffung nachhaltiger Perspektiven vor Ort fehlen.



Quelle: Mukoya / Reuters

MULTILATERALE ZU- SAMMENARBEIT STÄRKEN

Wir Grüne im Bundestag wollen die multilaterale und die europäische Entwicklungszusammenarbeit stärken und reformieren. Auch die internationale Arbeitsteilung in Sachen Entwicklung muss verbessert werden. Nationale Vorreiter, etwa beim Klimaschutz, müssen weiter vorangehen. Deutschland sollte international eine führende Rolle übernehmen und sein Ansehen nutzen, um die internationale Kooperation für nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Wir wollen eine StaatsministerIn für die Vereinten Nationen (VN) einsetzen und die Reform und Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrates vorantreiben. Die Vereinten Nationen und ihre für Nachhaltigkeitsziele relevanten Sonderorganisationen benötigen mehr Haushaltsmittel. Direkte Zahlungen an Staaten, sogenannte Budgethilfen, wollen wir dort ausbauen, wo bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind und demokratische Kontrolle Erfolge bei der Entwicklung verspricht.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte

TEL 030/227-58944, FAX 030/227-56912

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » Der grüne Finanzplan 2020 – Für globale Entwicklung und Klimaschutz (Fraktionsbeschluss 7.6.16)
- » Nur fairer Handel ist freier Handel (Fraktionsbeschluss 26.4.16)
- » gruene-bundestag.de » Themen » Entwicklungspolitik

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

18/11173 Nahrungsmittelspekulation stoppen (Antrag)

18/10255 Zukunftsfähige Unternehmensverantwortung (Antrag)

18/7649 Nachhaltige Entwicklungsziele umsetzen (Antrag)

18/7047 Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen (Antrag)

18/8398 Umwelt- u. Sozialstandards für Palmölproduktion (Antrag)

18/5151 Gerechte Entwicklungs- und Klimafinanzierung (Antrag)

Abonnieren Sie unseren monatlichen E-Mail-Newsletter
„Internationale Politik und Menschenrechte“

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titel: Shutterstock

Stand: April 2017, Schutzgebühr: 0,05 €

